

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.
Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 45.—
monatlich M. 15.—

Halver
Dienstag, den 6. Juni 1922

4. Landkarte im mm 38 mm breite
63 Bg. auswärts 70 Bg. im Reklametext 1 mm hoch
40 mm breit 3.00 M.
Offerten-Befragung 3.00 M.

22. Jahrgang

Nr. 130

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Das Anleihekomitee in Paris will seine Beratungen erst nach einer Rückfrage an die Regierungen wegen der Herabsetzung der gesamten deutschen Schuldsumme weiterführen.
- * Der deutsche Gesandte in Opatowitz hat gegen die Absicht der interalliierten Kommission protestiert, die gefangenen Deutschen aus dem Abstellungsgebiet in französische Gefängnisse überzuführen.
- * Über Gleiwitz und Rattowitz wurde der Belagerungszustand verhängt.
- * Poincaré hat in der französischen Kammer eine große Rede über Genua gehalten, in der er neue Angriffe gegen Deutschland richtete.
- * Die Kaiserin Rita erklärt in einem Schreiben an Hortih, sie betrachte sich nach wie vor als Königin von Ungarn und Stellvertreterin ihres minderjährigen Sohnes Otto.
- * Die amerikanische Regierung hat erneut um die Festlegung der französischen Kriegsschulden an Amerika ersucht.

Das alte Lied.

Auf ein oder anderthalb Dutzend Interpellationen über die auswärtige Politik hat der französische Ministerpräsident sich vor der Kammer zu verantworten gehabt. Unmöglich, zusammenfassend wiederzugeben, was alles in der Flut der Interpellationsbegründungsreden für und gegen die Regierungspolitik zum Ausdruck gekommen ist. Herr Poincaré mußte seine Antwort so ausführlich gestalten, daß man ihm anscheinend inmitten seines Redeflusses eine Erholungsstunde einzuräumen gezwungen war. Im wesentlichen wiederholte Herr Poincaré sein altes Lied, der Haftbefehl gegen Deutschland. Er hatte sowohl gegen Kritiker von rechts wie gegen Kritiker von links anzukämpfen. Von rechts, wo man insbesondere seine Richtlinien für Barthou, das Haupt der französischen Delegation in Genéve, noch nicht scharf genug fand, gegen links, wo man hinwiederum der Befürchtung Ausdruck gab, daß aus dem Wege, den Poincaré und die Seinen im Zusammenspiel mit den anderen europäischen Regierungen innehalten, niemals zu einem wahren Völkerrfrieden gelangen werde. Herr Poincaré scheint es für wichtiger gehalten zu haben, sich der Angriffe von links her als derjenigen seiner übernationalistischen Gegner auf der Rechten zu erwehren. Er bekannte freimütig, daß er sich namentlich in der Frage des deutsch-russischen Rapallovertrages zu einer mildernden Auffassung bekehrt hätte, und daß er das nicht bereue; im übrigen aber verfocht er das angebliche Recht Frankreichs zu sofortigem Vorgehen gegen Deutschland im Fall einer Veräufung auf unserer Seite mit unverminderter Entschiedenheit, gemildert höchstens durch den Zusatz, daß er nicht hoffen wolle, zu einem solchen Vorgehen jemals genötigt zu werden. Eine Einschränkung, die selbstverständlich nur für den Eindruck in der großen Welt bestimmt war. Er suchte sie auf der anderen Seite wieder dadurch unschädlich zu machen, daß er der Kammer das alte Lied von dem „alldeutschen“ Geist in Deutschland, von der Rachsucht, dem Haßgefühl des deutschen Volkes vortrug, wobei er sich nicht einmal entblödete, Kritik daran zu üben, daß der deutsche Reichstag an dem Tage, an dem er endgültig den Trennungsstrich durch Oberschlesien ziehen mußte, die Reichsflaggen auf Halbmast gesenkt hatte. Nach links hin versuchte er den Sozialisten einzureden, daß sie sich von ihren deutschen Genossen über die wahre Stimmung am Rhein und an der Elbe, an der Spree und an der Oder hätten täuschen lassen. Was von den so angesprochenen Herren in lebhaften Zwischenrufen aus das schärfste Zurückgewiesen wurde. Den donnernden Applaus so ziemlich des ganzen Hauses aber fand der Ministerpräsident mit der Versicherung, daß er von dem Vertragsschluß Frankreichs nichts preisgeben werde und nichts preisgeben könne, und ebenso entschieden verblieb er dabei, daß auch die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Nationen, insbesondere zu England, um die Preisgabe wichtiger Interessen Frankreichs nicht zu haben sein würde.

Bei aller Ruhe der Sprache, deren er sich diesmal offenbar aus guten Gründen befleißigte, hat diese neueste Poincaré-Rede also doch nichts an dem üblen Gerede der internationalen Gegenseite, wie sie nach dem Auseinandergehen der Genua-Konferenz sich vor den Augen der ganzen Welt darbot, geändert. Ein Ziel, das ja auch durch bloße Rede schwerlich jemals zu erreichen sein wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Direkter deutsch-russischer Eisenbahnverkehr?

Am 10. Juni wird in Riga eine Eisenbahnkonferenz der baltischen Staaten zusammentreten, an der sich auch Rußland zu beteiligen gedenkt. Am 16. Juni treffen in Riga Vertreter der deutschen Eisenbahnen ein, um über einen direkten Verkehr zwischen Rußland und Deutschland zu verhandeln. Die baltische Eisenbahnkonferenz wird dem Vernehmen nach vorgezogen, die zwischen Rußland und Lettland abgeschlossene Vereinbarung auch auf die übrigen baltischen Staaten auszudehnen.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat genehmigte eine große Reihe von Vorlagen, darunter das Aachen-Loucheur-Abkommen über Sachlieferungen, das deutsch-polnische und das deutsch-dänische Abkommen. Mit dem vom Reichstag an den verschiedenen sozialen Versicherungsgeheimen vorgenommenen Änderungen (Erhöhung des versicherungspflichtigen Einkommens bei Kranken- und Angehörtenversicherung u. v. m.) erklärte sich der Reichsrat mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Geldwertminderung einverstanden.

Minister Schmidt über die Wirtschaftslage.

Bei der Eröffnung der Jahreschau deutscher Arbeit in Dresden äußerte sich Reichswirtschaftsminister Schmidt über die wirtschaftlichen Hauptprobleme der Gegenwart. Das Steigen der Mark würde allerdings eine Rückwirkung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse haben, aber nur dann, wenn es in großen Sprüngen eintritt. Das sei unwahrscheinlich, und man dürfe eine Besserung der Mark nicht aufhalten. Weiter führte Minister Schmidt aus, daß im Augenblick Unterhandlungen mit den Vergleuten im Ruhrrevier schweben, um Übersichten einzuführen, damit die Kohlenproduktion erhöht werden könne. In den letzten Monaten sind über 5000 Vergleute zum Industrie- und Baugewerbe abgewandert, weil diese höhere Löhne zahlen. Notwendig wird daher auch im Bergbau eine Erhöhung der Löhne. Das würde naturgemäß eine Kohlenpreiserhöhung zur Folge haben. Den Zeitungen müsse in der Frage der Papierpreise irgendwie geholfen werden, und zwar bald. Schließlich stellte der Minister eine abermalige Brotpreiserhöhung in Aussicht.

Bayern und das Reich.

Nach einer Verwahrung gegen das französische Vorgehen in bezug auf die Landespolizei der deutschen Länder führte der bayerische Minister des Innern Dr. Schwegler im Landtage aus, im Verhältnis Bayerns zum Reich sei auch das polizeiliche Gebiet von größter Wichtigkeit. Bei den Verhandlungen über den Ausnahmezustand im vergangenen September habe Bayern erreicht, daß den Regierungen der Länder ausdrücklich das Recht zugestanden wurde, auch weiterhin außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung zu verfügen. Auf dem Gebiet der Polizei müsse der Reichsunitarismus ausgeschlossen sein. Die bayerische Regierung sei entschlossen, gegen jede direkte oder indirekte Einschränkung in bayerische Verhältnisse, besonders gegen das Spittelwesen vorzugehen.

Die Unterdrückung der Presse im besetzten Gebiet.

Der Reichsverband der deutschen Presse richtet die Aufmerksamkeit der gesamten Kulturwelt auf die fortwährende Unterbindung der Pressefreiheit im besetzten rheinischen Gebiet. Immer wieder werden aus den wichtigsten rheinischen Zeitungen aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet verboten. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird der Presse im besetzten Gebiet mehr und mehr eingeschränkt und den Redakteuren die Ausübung ihres Berufs dauernd erschwert. Gegen diese Unterdrückung der in allen Kulturländern verfassungsmäßig als Grundrecht eines Volkes gewährten Pressefreiheit erhebt der Reichsverband der deutschen Presse von neuem mit aller Entschiedenheit Einspruch.

Ungarn.

Die Pläne der Kaiserin Rita. Die Gemahlin des jüngst verstorbenen Kaisers Karl von Habsburg hat ein Handschreiben an den Reichsverweser Hortih in Budapest gerichtet. Darin teilt Rita dem Reichsverweser mit, daß sie sich nach wie vor als gekrönte Königin von Ungarn betrachte und so lange in die Rechte des verstorbenen Königs eintrete, bis ihr minderjähriger Sohn Otto, über den sie gemeinsam mit dem Bruder des Verstorbenen, Max, die Vormundschaft führe, alt genug sei, um den Thron zu übernehmen. Sie verlange somit das Recht für ihren minderjährigen Sohn, die Herrscherrechte auszuüben, sobald sich ihr die Möglichkeit zur Ausübung dieser Rechte biete.

Italien.

Der Faschistenaufruf. Die putzenden Nationalisten haben nach Ferrara auch Bologna in ihre Hand gebracht. Die Regierungstruppen wurden vertrieben. Die Staatsgewalt ist aufgehoben. Die Telegraphenleitungen sind unterbrochen. In ganz Norditalien herrscht Terror. Überall rötet Brände den Himmel. Kommunistische Zirkel und Volkshäuser werden massenhaft niedergebrannt und die Druckereien verunfallt. Besonders düster lauten die Meldungen aus den Provinzen Cremona, Emilia und Mantua. Die Ursachen sind Streitigkeiten zwischen den Faschisten oder Nationalisten und den Sozialisten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Mit der italienischen Botschaft ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das deutsch-italienische vorläufige Wirtschaftsabkommen vom 28. August 1921 für weitere neun Monate bis zum 28. Februar 1923 in Kraft bleibt.

Berlin. Die Reichsbank ankam in Rattowitz am 10., die in Königschütze am 9. Juni d. J. geschlossen. Die bisher in Rattowitz und Königschütze vorhandenen Girokonten und sonstigen Geschäfte werden auf Antrag bei den benachbarten deutsch bleibenden Reichsbankstellen, in erster Linie in Butten, weitergeführt.

Berlin. Der Reichspräsident begibt sich in der nächsten Woche zu einem etwa dreiwöchigen Urlaub nach Freudenstadt.

München. In ihrer letzten Vollversammlung hat die Landesbauernkammer dem Minister Wühlhofer einstimmig ein Mißtrauensvotum wegen seiner Haltung in der Frage der Getreidebewirtschaftung erteilt. Die Koalitionsparteien dagegen haben dieses Mißtrauensvotum mißbilligt und dem Landwirtschaftsminister Wühlhofer das Vertrauen ausgesprochen.

Paris. Zu Beginn der kommenden Woche soll der Garantiausgleich endgültig nach Berlin übersiedeln.

Stockholm. Die Erste Kammer hat mit 81 liberalen und konservativen gegen 47 Stimmen die Vorlage des Handelsvertrages mit Rußland abgelehnt.

Washington. Der amerikanische Vertreter der Deutschen Telegraphen-Informations erzählt, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der amerikanische Präsident Harding vielleicht im Laufe des Spätherbstes eine Reise nach Europa unternimmt.

Um die Schuldsumme.

Unterbrechung der Anleiheberatungen.

In Paris hat der internationale Anleiheauschuß seine Sitzungen nach zweitägiger Dauer wiederum auf acht Tage unterbrochen und die Zwischenzeit bis zum Wiederauftreten des Bankerskomitees soll dazu benutzt werden, um die verschiedenen Regierungen zu befragen, wie sie sich zu einer

Verminderung der deutschen Kriegsschulden

stellen, was sie von einer Übertragung der Generalhypothek über die Besitzungen des Reiches vor der Reparationskommission auf das Anleihekomitee halten und wie sie die Frage der Annullierung der interalliierten Schulden behandeln wollen. Damit ist das ganze Problem in ein neues, zweifellos entscheidendes und zugleich kritisches Stadium getreten. In maßgebenden Kreisen in Paris zeigt sich ein gewisser Pessimismus, jedoch hält man dies für eine unvermeidliche Folge des übertriebenen Optimismus, der sich zeigte, als Amerika in der Person Morgans zum erstenmal mit den europäischen Finanzmännern in Fühlung trat.

Ein französischer Reformplan.

Frankreich hat dem Komitee einen Plan unterbreitet, der die deutschen Schuldverschreibungen der Reihe 0, (82 Milliarden) unter der Voraussetzung des Schuldverlasses unter den Verbündeten, streicht, und von den übrigen Reihen A und B (zusammen 50 Milliarden) den englischen Anteil in der Höhe von 11 Milliarden, früheren Äußerungen Lloyd Georges entsprechend, wegfällt läßt, so daß die deutsche Schuld auf 39 Milliarden ermäßigt werde. Diese 39 Milliarden sollen nach dem französischen Plan durch eine Reihe von Anleihen gedeckt werden. Wie verlautet, ist jedoch die Schuldentilgung, die dieser Plan voraussetzt, zurzeit noch nicht möglich. Das Komitee habe deshalb vorläufig nur eine Anleihe von 4 bis 5 Milliarden Goldmark ins Auge gefaßt. Davon solle Deutschland für seine Finanzsanierung 1,25 Milliarden erhalten. Einige Mitglieder des Komitees seien geneigt, sogar diese kleine Anleihe davon abhängig zu machen, daß Frankreich auf einen Teil seiner Schuldforderung an Deutschland verzichtet.

Deutschland und der Völkerbund.

Vorbedingungen für ein Aufnahmeforsch.

Zu den Gerüchten über die bevorstehende Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erfährt eine Korrespondenz, daß die deutsche Regierung siehe auf dem Standpunkt, daß es ihr nicht möglich ist, eher ein Aufnahmeforsch an den Völkerbund zu richten, bevor nicht zwei Bedingungen erfüllt sind: 1. müsse sichergestellt sein, daß die Aufnahme in den Völkerbund ohne irgendwelche Abstimmung erfolgt; 2. muß Deutschland Zusicherungen dafür haben, daß es nicht als eine Macht zweiten Ranges innerhalb des Völkerbundes behandelt wird. Nach den Entscheidungen, die der Völkerbund bisher in der oberflächlichen Frage sehr zumungunsten Deutschlands gefällt hat und angesichts der Tatsache, daß dem Völkerbund noch in einem großen Teil der Welt die Anerkennung fehlt, steht die deutsche Regierung weiterhin auf dem Standpunkt, daß noch wesentliche innere Neuregelungen den Völkerbund so umgestalten müssen, daß er wirklich für die Welt zu einem Instrument des Friedens werden kann.

Belagerungszustand in Oberschlesien.

Was wird aus den Gefangenen?

Die neuen Terrorakte der Polen in Oberschlesien haben dazu geführt, daß die Interalliierte Kommission über die Stadt und den Landkreis Rattowitz sowie über den Stadt- und Landkreis Gleiwitz, Kreis Hindenburg und Kreis Rybnitz den Belagerungszustand verhängt hat. Die Lokale müssen spätestens um 9 Uhr schließen. Der Straßenverkehr ist in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh untersagt. Die Zeitungen in dem Gebiet, über das der Belagerungszustand verhängt worden ist, sind unter Pressezensur gestellt.

Die Interalliierte Kommission hat die Forderung erhoben, daß die Gefangenen, die von den alliierten Gerichten im Abstellungsgebiet verurteilt wurden, nach der Aufhebung der Besetzung in französische Gefängnisse übergeführt werden sollen. Dagegen hat der deutsche Gesandte in Opatowitz selbstverständlich Protest erhoben. Es ist ihm versichert worden, daß die letzte Entscheidung über diese Frage bei den Kabinetten in Paris, London und Rom liege. Ein völkerrechtlicher Grund für die Verschleppung von Deutschen in französische Gefängnisse ist natürlich in keiner Weise vorhanden.

Wie wirkt das Reichsmietengesetz?

(Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Nur noch ein paar Wochen trennen uns von dem Termin, an dem das Reichsmietengesetz den bisherigen, nur durch Verordnungen festgelegten Zustand gesetzlich für die nächsten fünf Jahre ordnet. Je näher der Termin des Inkrafttretens des Gesetzes rückt, um so mehr häufen sich die Protestkundgebungen, und zwar auf der einen Seite durch die Hausbesitzer, auf der anderen durch die Mieter. Beide Parteien sind unzufrieden, wodurch vielleicht zum Ausdruck kommen mag, daß das Gesetz einen Mittelweg zwischen beiden Interessen bedeutet. Es ist auch nicht leicht gewesen, den Widerstand der einzelnen Parteien im Parlament zu überwinden, und was dabei herausgekommen ist, ist ein Kompromiß mit aller einem solchen anhängenden Eigenart.

Galt bisher die freie Vereinbarung sowohl für das Mietverhältnis wie für den Mietsatz, so haben die

Euchbestimmungen gegen die Kündigung die freie Verfügung des Hausbesitzers über sein Eigentum auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Bezüglich des Mietpreises ist die gesetzliche Miete an die Stelle der Vereinbarung getreten, die auch da gilt, wo bisher laufende Verträge entgegenstanden. Die gesetzliche Miete ist die im Juli 1914 vereinbarte Friedensmiete, mit der Einschränkung, daß diese nach den örtlichen Sitten neu bestimmt werden kann, sofern besondere Verhältnisse es rechtfertigen. Zu dieser Friedensmiete kommen besondere Zuschläge für den Vermieter, für das Hauskonto, aus dem die großen Reparaturen gedeckt werden, und für den Baufonds zur Schaffung neuer Wohnungen. Die laufenden Instandhaltungskosten gehen, soweit es sich nicht um kleinere Reparaturen handelt, die der Mieter zu tragen hat, zu Lasten des Vermieters, der nur dann eine besondere Erhöhung seines Zuschlages verlangen kann, wenn eine Hypothekenzinsenvermehrung es rechtfertigt.

Bei der Grundstücksverwaltung, ebenso bei der Verwendung des Hausfonds werden künftig die Mieter durch eine Mietervertretung mit, die namentlich auch im Streitfall zwischen Hauswirt und Mieter den Ausgleich vor Anrufung des Mietseinspruchsamtens versuchen soll. So ist gewissermaßen eine Instanz nach Art des Schiedsmannes im bürgerlichen Recht geschaffen, die in dessen feinen Schutz gegen eine übermäßige Belastung der Mietseinspruchsämter bilden kann, die eine der ersten Folgen der gesetzlichen Regelung sein dürfte. Für den Hausbesitz bedeutet das Hauskonto und der Beitrag der Mieter dazu eine gewisse Entlastung, zumal die großen Reparaturen in notwendiger Ausdehnung in den letzten Jahren unterblieben oder unterbleiben mußten. Aber erst sehr allmählich können die im Hauskonto niedergelegten Gelder ein wirksames Mittel gegen den bereits stark fortgeschrittenen Verfall der Häuser bilden.

Eine der Geldentwertung entsprechende Erhöhung der Einnahme, wie sie bei vielen sonstigen Kapitalanlagen möglich ist, ist für den Hausbesitz verhindert. Es ist deshalb wohl verständlich, daß die Hausbesitzerorganisationen gegen die bestehende Verhältnisse Einspruch erheben. Andererseits ist es schlechterdings unmöglich, in dieser Zeit mit der Bewirtschaftung aufzuhören, wo die Anpassung der Mieten an die Geldentwertung zu einer allgemeinen sozialen Katastrophe sich auswirken müßte. Leider bringen die heutigen Zustände aber die Gefahr der Übersiedlung, d. h. des Übergangs deutschen Hausbesitzes in die Hand von Ausländern. Denn während unbebaute Grundstücke auf etwa den zwanzigfachen Wert in Papiermarkt gestiegen sind, liegt für einen Teil des deutschen Hausbesitzes die Möglichkeit nahe, zu einem geringen Preise an Ausländer überzugehen. Vorläufig läßt sich kaum übersehen, ob das Reichsmietengesetz einer solchen wenig wünschenswerten Erscheinung entgegenzuwirken geeignet ist. P.

Die künftigen Grenzen Polens.

Die neue Republik Polen ist einer von den wenigen Staaten deren Grenzen noch nicht völlig feststehen. Das gilt in erster Linie nach dem Südosten, wo der Übergang von Polen nach der Ukraine noch keine endgültige Festlegung erfahren hat. Der Streit um diese Grenze wird auf diplomatischem Wege, jedoch mit Unterstützung durch militärische Demonstrationen geführt. Ein besonders stark umstrittenes Stück war ferner bis vor kurzem der Nordzipfel des Staates mit Wilna. Die Karte zeigt ferner deutlich, in wie gefährlicher Weise Ostpreußen von polnischem Gebiet umflammt ist. Bekanntlich genierte es aber den



Polen nicht, die ganze Südgrenze dieser deutschen Provinz zu beherrschen, sondern sie wolle sich vom Korridor südlich Danzig aus noch ein Einfallstor auf dem rechten Weichselufer schaffen.

Die Tagung des Reichsstädtebundes.

Bad Dornhausen, 2. Juni. Hier fand die 12. Mitgliederversammlung des Reichsstädtebundes statt, in welchem die kleinen und mittleren Städte Deutschlands vereinigt sind. Die Tagung war von über 1000 Stadtvertretern aus allen Teilen Deutschlands besucht. Der Geschäftsführer des Bundes, Syndikus Dr. Haefel (Berlin) sprach über den Entwurf einer neuen Preussischen Städteordnung, wobei er Bedenken erhob gegen eine endgültige Festlegung der neuen Städte- und Landgemeindefestlegung der Städte- und Provinzialordnung und der allgemeinen Staatsverwaltung. Er forderte daher, daß feste Richtlinien für die Kreis- und Provinzialverwaltungsreform aufgestellt werden, welche die berechtigten städtischen Interessen berücksichtigen müssen sowie eine Erleichterung des Auscheidens der Städte aus den Kreisen vorsehen.

In der Aussprache erklärten die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien ihre Ablehnung sowohl des Entwurfs der Städteordnung wie auch der Leisage des ersten Referenten, die aber von der Mehrheit der bürgerlichen Fraktionen und der Unpolitischen angenommen wurden. Ferner wurden zwei Entschlüsse angenommen. Die eine fordert eine sofortige Änderung des Landessteuergesetzes und eine den gesteigerten Ausgaben der Städte entsprechende, wirklich ausreichende Überweisung von Steueranteilen und Steuerquellen unter Vorsehung des Zuschußsystems. In der zweiten Entschlußfassung wird die Vorsehung der Unterscheidung in der Behandlung der Städte von über und unter 10 000 Einwohnern bei Erhebung und Verwendung der Wohnungsabgabe gefordert. Ferner wurden Leisagen angenommen, wonach die Realsteuern von vollen Umlagen den Gemeinden zu überlassen sind. — Als Ort der nächstjährigen Tagung wurde Bad Harzburg bestimmt.

Sotales und Provinzielles.

Salver, den 6. Juni 1922.

Überlegung. Wenn man, wie jetzt unser ganzes Volk, in veränderte Lebensbedingungen kommt, dann bedarf man der Überlegung, um sich den Verhältnissen anzupassen. Man sieht die gegebenen Umstände zusammen und sucht sich unter Verwerfung aller Erfahrungssätze klar über den neuen Weg zu werden, den man beschreiten muß, um bald und sicher den erwünschten Anteil am Wirtschaftsleben zu erwerben. Solange wir uns auf den gewohnten Pfaden der alten Volkswirtschaft befinden, brauchen wir Überlegung, also selbständiges, produktives Denken, nur selten, meistens reichen Praxis und Gewohnheit aus. Daher kommt es, daß so viele, sonst tüchtige und brauchbare Menschen den Anschluss an die neue Zeit nicht finden können. Sie sind gewöhnt, einen geraden Weg vor sich zu haben und außerstande, sich selbstverantwortlich auf eigene Faust zu helfen. Der Ballast der Tradition, den sie mit sich herumtrahen, drückt sie zu Boden. An ihre Stelle treten Leute, häufig mit kleinerem Können, aber unbelastet von veralteten Methoden, die, ohne Schwierigkeiten, schnell die gewünschte Fühlung finden. Das ist bitter, aber verhängnisvoll. Statt unerfährliche Kraft durch fruchtloses Handeln mit dem Scheitern zu verschwenden, sollte man sich klar werden, daß das Sprichwort: „Selbst ist der Mann“ jetzt auch in geistiger Beziehung gilt, und daraus die praktischen Schlussfolgerungen ziehen. Obgleich wir uns Überlegung nicht nur hinsichtlich des großen Existenzfragen, sondern auch in den besten Fällen von Grund auf veränderten Angelegenheiten des täglichen Lebens. Wir würden besser durch die Zeit kommen, wenn wir sie nehmen, wie sie ist, und ihr alle Vorteile abzugewinnen suchen, als wenn wir wünschen und klagen und warten. Ps-t.

Zur Wetterlage. Abgesehen vom östlichen Ostseegbiet, hielt das trodene, vorwiegend heitere Wetter in den letzten Wochentagen in ganz Deutschland an. Der Kern des Hochdruckgebietes, der noch am 23. Mai über den britischen Inseln lag, verschob sich in den darauffolgenden Tagen zeitweise weiter östlich. Die Tiefdruckwirbel wurden durch das Hoch von Deutschland ziemlich ferngehalten. Nur im östlichen Ostpreußen und im Mielgebiet gingen unter dem Einfluß eines vorüberziehenden Tiefs mehrfach Niederschläge nieder. In Nordwest- und Mitteldeutschland hielt das trodene, ziemlich heitere Wetter an, doch sanken die Temperaturen im allgemeinen nicht unerheblich. In Berlin gingen die Durchschnittstemperaturen unter den Normalwert. In Süd- und Südwestdeutschland hielt das trodene Sommerwetter an. Am 31. Mai flogen auch in Mittel- und Norddeutschland wieder die Temperaturen. In Berlin betrug an diesem Tage die Durchschnittstemperatur 21,3 Grad, am 1. Juni 17,6 Grad gegenüber Normalwerten von 16,0 und 16,3 Grad. Das Hochdruck-

gebiet beherrschte auch jetzt noch den Kontinent. Ein westlich von Irland erschienenenes Tiefdruckgebiet dürfte kaum das Hoch verdrängen, so daß mit überwiegend heiterem, trockenem Wetter zu rechnen ist. An der Nordseeküste und im östlichen Ostseegbiet sind allerdings Niederschläge nicht ganz ausgeschlossen.

* Hikefrei. Die Verordnung über den Unterrichtsallfall wegen Hitze hat das Kultusministerium wie folgt abgeändert: Beträgt die Außentemperatur im Schatten 10 Uhr vormittags 25 Grad Celsius, so darf der Unterricht an Schulen mit ganztägigem Unterricht nicht über 12 Uhr mittags ausgedehnt werden. Unter der gleichen Voraussetzung darf in den Schulen mit halbtägigem Unterricht der Vormittagsunterricht nicht über 11 Uhr ausgedehnt werden.

* Zu der bevorstehenden Hauptreisezeit sind die Eisenbahn-Generaldirektionen und -Direktionen bereits angewiesen, für eine glatte Abwicklung des Personenverkehrs zu sorgen. Zugführer und Schaffner sollen sich um die Unterbringung der Reisenden kümmern. Bei stark besetzten D-Zügen sind die Reisenden sofort nach dem Anhalten des Zuges an die Wagen zu weisen, in denen noch Plätze frei sind. Auf den Zwischenstationen mit kurzem Aufenthalt soll schon vor dem Einlaufen des Zuges ungefähr die Stelle angegeben werden, wo die geeigneten Wagen halten. Mit Nachdruck soll für die Beachtung des Rauchverbots gesorgt werden. In den D-Zügen ist der Aufenthalt im Gange vor fremden Abteilen und das Verweilen der Reisenden dritter Klasse in den Gängen der Wagen höherer Klassen nicht zu gestatten. Zum Ein- und Aussteigen sollen die Gänge frei gehalten werden. Das Reisegepäck ist sorgfältig und schonend zu behandeln. Allzu umfangreiches Handgepäck ist zurückzuweisen.

* Milchpreise. Mit der Frage der Festsetzung des Erzeugermilchpreises für Monat Juni d. Jrs. wird sich der Milchpreisausschuß auf Anregung des Herrn Oberpräsidenten zu Münster in den nächsten Tagen erneut befassen. Die in der Sitzung des Milchpreisausschusses vom 29. v. Mts. beschlossenen Preise treten daher zunächst nicht in Kraft, vielmehr bleibt vorläufig der für Monat Mai festgesetzte Erzeugermilchpreis bestehen.

* Die im hiesigen Bezirk tätigen Gruppen der rheinisch-westfälischen Kohlenpolizei haben Anweisung erhalten, sämtliche mit Kohlen beladenen Lastkraftwagen auf den Landstraßen daraufhin zu prüfen, ob die zulässige Höchstbelastung überschritten ist. Nach Mitteilung des Polizeipräsidenten in Essen weigern sich die Wagenführer in ständig zunehmendem Maße, den Beamten der Kohlenpolizei die Zulassungsbescheinigung vorzuzeigen mit der Begründung, die Kohlenpolizei sei zur Prüfung der Wagenpapiere nicht zuständig. Die Kohlenpolizei kann ohne Einsichtnahme in die Zulassungsbescheinigung Überladungen nicht feststellen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Beamten der rheinisch-westfälischen Kohlenpolizei, die bei sämtlichen Staatsanwaltschaften des hiesigen Bezirks zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannt sind, berechtigt sind von den Kraftwagenführern das Vorzeigen des Führerscheines und der Zulassungsbescheinigung zu verlangen und wird ermahnt, die ihnen unterstellten Polizeibeamten mit entsprechender Weisung zu versehen.

Salver, 6. Juni. Am Samstag nachmittag zog ein schweres Gewitter heran, das uns den langersehnten Regen und die erwünschte Abkühlung brachte. Gegen Abend regnete es erneut und fällige Geld und Fluren mit dem erquickenden Regen. In den beiden Pfingsttagen war es herrliches Wandewetter, so blieb es nicht aus, daß sich alles auf die Beine machte um sich in der herrlichen Natur zu ergehen.

Wien, 1. Juni. Die Polizeiverwaltung der Stadt Wien, die bekanntlich einen erheblichen Teil ihres Trinkwassers der Füllbeder Talsperre entnimmt, hat aus hygienischen Gründen die Genehmigung zur Veranstaltung eines Schwimmfestes auf der Füllbeder Talsperre abgelehnt.

Wachum, 3. Juni. In dem Speditionsprozess des Amtes Wattencheid wurde der Amtmann Wagner

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

17 (Nachdruck verboten)

„Nein es ist lediglich Ottolars Sache, allerdings hat er schmählich versagt.“

„Inwiefern?“ fuhr dieser heftig auf, und ein schales Rot flackerte über sein Gesicht, „inwiefern? Dadurch, daß ich euren Wünschen nachgekommen bin, und —“

Müßiger sah ihn scharf an, daß er kurz abbrach und verlegen zu Boden blickte.

„Du weißt genau, was ich meine! — Es hätte sich wohl auch eine würdigere Art für all das finden lassen. Ich bin von eurer Handlungsweise aufs peinlichste berührt. Wie eine lästige Wittfellerin hat man die Frau behandelt; nicht einmal einen Stuhl hat man ihr angeboten. Draußen ist sie halb ohnmächtig zusammengebrochen.“

„Die Frau hat es selbst nicht anders gewollt. Wir sind ihr genügend entgegengekommen,“ widersprach der alte Graf heftig, „leider war sie vernünftigen Zuspruchs unzugänglich.“

„Sie war gereizt durch Zellas unmotiviertes Eingreifen und durch die Entdeckung, daß Ottolar eine andere ihr vorgezogen. — Doch was kümmert es mich noch. Ich habe in dieser Angelegenheit mein letztes Wort gesprochen.“

Müßiger war außerstande, Zellas herausforderndes Benehmen zu ertragen. Eine Flut bitterer Worte wollte sich über seine Lippen drängen; doch seine Selbstbeherrschung verließ ihn nicht. Er schwieg und ging hinaus.

„Zella, mein Kind, komm einmal her zu mir!“ sagte die Gräfin mit ihrer salbungsvollen Stimme; fernzugerade sah sie da in dem schwarzgekleideten Kleide.

„Zella, sieh mich an — so ist's recht. Du sagst mir etwas, ich weiß nicht, ob ich dich recht verstanden habe. Du und Ottolar?“

Das junge Mädchen nickte energisch.

„Na, Tantchen, du hast mich verstanden — ich liebe Ottolar, und er liebt mich wieder.“

Die Gräfin preßte die Lippen aufeinander. Die las offene Geständnis war ihr sehr überraschend und

unangenehm. Dadurch wurden von ihm einem Male alle ihre Lieblingspläne zerstört! Diese Enttäuschung war sehr bitter. Sie fühlte tiefen Groll, doch die Klugheit schob ihr, ihren Unwillen zu verbergen.

„Ja, Kind, wie ist das denn möglich? — Und daß ich davon so gar keine Ahnung hatte! Ottolar ist doch viel älter als du,“ wie eine leise Warnung klangen diese Worte, „mit ist nie der Gedanke gekommen.“

„Und doch mußt du dich daran gewöhnen, liebes Tantchen!“ Zella lächelte ihr schmeichelnd die Hand. „Gerade, weil Ottolar älter und gereifter ist, habe ich ihn erwählt. Einem jüngeren Mann könnte ich mich nicht so unterordnen. Ich hoffe, daß ihr mich nun doppelt lieb haben werdet.“

Ottolar war trotz Zellas klug gewählter Worte doch in Verlegenheit. Es wäre wirklich nicht nötig gewesen, daß jetzt schon sein heimliches Nichtverständnis mit ihr offenbar geworden war, jetzt war der am allerwenigsten geeignete Zeitpunkt dafür. Er kannte und fürchtete die strengen Insidien der Stiefmutter, wenn auch nie ein unangenes Wort zwischen ihnen gefallen war; sie hatte eine Art, die Stirn zu runzeln, den Mund zu ziehen, daß er sofort ihre Gedanken erriet. Ihm waren überdies die Pläne, die sie bezüglich Zellas und Müßigers gehegt, nicht unbekannt, unmöglich würde es ihr angenehm sein, daß er ihrem Sohne das Goldstückchen weggenommen! —

Sechstes Kapitel.

Nur mit dem Aufgebot aller Kräfte gelang es Frau Maria, die Station zu erreichen.

In dem kleinen, einfachen Wartesaal ließ sie sich erschöpft auf dem Moirésa nieder. Beinahe zwei Stunden Zeit hatte sie noch bis zum Abgange des Lokals zugeht, der ihr den Anschluß nach ihrem Wohnort vermittelte.

Bei der Wirtin, die sie neugierig beobachtete, während sie sich im Zimmer zu schaffen machte, bestellte sie zwei Tassen Bouillon und zwei belegte Semmeln. Doch es war ihr nicht möglich, nur etwas zu genießen; nach dem ersten Schluck schob sie die Tasse von sich.

Die Wirtin war etwas beleidigt.

„Es ist gute, richtige Brühe, aus gutem Ochsenfleisch, nicht bloß aus Knochen.“

„Das habe ich schon bemerkt. Doch mir ist nicht

wohl. Sie sehen, wie mein Sohn es sich dafür schmecken läßt!“ Müde lehnte sie sich zurück und schloß die Augen.

Doch die Neugierde der Frau ließ sie nicht ruhen.

„Sie waren drinnen im Dorf? Im Schloß? Es ist dort nicht mehr viel zu wollen. Der alte Herr ist gar nicht gut aufgelegt; im Frühjahr dachten alle, er würde sterben. Ach und die alte Frau Gräfin, die Mutter vom Grafen Müßiger, die ist so streng! — Lustig ist's nimmer. — Na, sie haben auch genug durchgemacht. Der ältere Sohn, der Graf Ottolar, — wissen Sie, der so lange fort war; ich kenne ihn schon, als er so groß war, wie der junge Herr dort. Wildschön war er und immer vergnügt! Maler ist er geworden; er soll sich auch draußen verheiratet haben — was Bestimmtes weiß man ja nicht, geredet wird immer viel. Vor knapp zwei Jahren kam er krank nach Hause! Ich sehe ihn noch lieber Gott, zum Erkranken sah er aus. — Aber jetzt — was ist er wieder für ein schöner Mann geworden. — Die Mädels im Dorf werden ganz rot, wenn er sie so mit seinen blauen Augen anblickt — ach ja —“

Sie strich an der weißgestreiften Schürze herunter und holte tief Atem, sie mußte erst mal pausieren; dann nickte sie Erich freundlich zu, der jetzt auch die Semmel der Mutter verzehrte, „schmeckt's, junger Herr? Ja? Das freut mich! Immer tüchtig essen, das hält Leib und Seele zusammen. — Was sagt'sch denn? Ach — kennen Sie denn den Grafen Ottolar? Nicht? Er ist ganz anders, als der Graf Müßiger. Das ist ein stolzer Herr — aber ein nobler und gerechter Herr. Das muß man ihm lassen. — Wissen Sie, er ist der Sohn von der zweiten Frau. — Bei der ersten — Gott hab' sie selig — da waren andere Zeiten. Immer Lachen und Fröhlichkeit im Schloß. Ich war ja dort Wamsell, bis ich meinen Franz kennen lernte und heiratete — 'ne schöne Aussteuer hab' ich bekommen, ja —“

Fortsetzung folgt.

Sandwirtschaftliches. Die Getreideumlage.

Der Referenten - Entwurf der Reichsregierung.

Der Kampf um die Getreideumlage scheint auf seinem Höhepunkt angelangt zu sein. Allenthalben im Deutschen Reich fassen die organisierten Landwirte Entschlüsse, die die Umlage für das Jahr 1922/23 ablehnen und zum Ausdruck bringen, daß sich die Landwirte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln (wie sich die Entschlüsse des Reichslandbundes ausdrückt) gegen die Umlage zur Wehr setzen werden.

Die Entscheidung, ob die Landwirtschaft eine Extrasteuer von 30 Milliarden tragen soll oder nicht, liegt in Berlin bei der Regierung und beim Reichstag. Die Reichsregierung will die Umlage, trotzdem im Vorjahre versprochen worden ist, im Erntejahr 1922/23 solle die freie Wirtschaft eingeführt werden.

Jetzt ist man drauf und dran, die vom gesamten deutschen Landvolk mit schärfstem Nachdruck bekämpfte Wiederholung der sinnwidrigen, verbitternden und maßlos harten und ungerechten Getreideumlage auch gesetzlich wieder unter Dach und Fach zu bringen. Maßgebend soll nicht die wirtschaftliche Vernunft sein, sondern die sozialistische Parteidoctrin.

Wie bekannt wird, hat die Reichsregierung nunmehr den Einzelländern den

Referentenentwurf

zu dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 zur Stellungnahme zugehen lassen.

Der Entwurf stellt sich als ein Abänderungsgesetzentwurf zu dem vorjährigen Gesetz dar. Dieses Gesetz soll auch im großen und ganzen im neuen Wirtschaftsjahr aufrechterhalten werden. Es bleibt also bei einer Umlage von

2 1/2 Millionen Tonnen Getreide

durch die deutsche Landwirtschaft, von dem ein Viertel bis zum 15. Oktober 1922, ein weiteres Viertel bis zum 15. Dezember 1922 und der Rest bis zum 28. Februar 1923 aufzubringen ist.

Offengelassen ist noch die Frage, nach welchem Anteil die Länder die Umlage aufbringen sollen. Im letzten Jahre war bekanntlich der Ernteertrag im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1920 zugrunde gelegt.

Im § 3 wird nun bestimmt, daß die obersten Landesbehörden vor der Festsetzung der Lieferpflicht jedes einzelnen Kommunalverbandes die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen bei der Unterverteilung hinzuzuziehen haben. Zum Ausgleich von Ausfällen soll ein Zuschlag von 15 Prozent — im letzten Jahre 10 Prozent — gefattet sein. Auch kann die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche, also nicht bloß die mit Getreide bebaute Fläche, zugrundegelegt werden. Die oberste Grenze für die Freilassung ist bei der Getreideanbaufläche wiederum 4 Morae. Wenn aber die

Umlage nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche verteilt wird, so sollen Flächen bis zu 20 Morgen mit einem Lieferfoll nicht belastet werden. Bei der Verteilung sollen sowohl die Kommunalverbände als auch die Gemeinden einen

Ausschuß der Erzeuger

hinzuziehen, der nach näherer Bestimmung der obersten Landesbehörde zu bilden ist.

Vor der Festsetzung des Lieferfolls der Erzeuger soll in den Gemeinden eine Liste, welche die Namen der Erzeuger, die Größe der Anbaufläche ihres Betriebes und das vorgesehene Lieferfoll enthält, in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Rame während einer Woche ausgelegt werden. Das Lieferfoll soll den Erzeugern bis zum 15. 8. 1922 bekanntgegeben werden. Die zur Ablieferung vorgesehene Fristen kann die Reichsgetreidestelle bei Vorliegen besonderer Umstände den Kommunalverbänden bis zu einem Monat verlängern. Die Kommunalverbände können auch den Erzeugern eine einmalige Lieferfrist setzen, sofern nur eine geringe Menge zu liefern ist.

Nichterfüllung der Lieferfrist ist mit denselben Strafen bedroht wie im laufenden Wirtschaftsjahr. In verschärfender Weise wird noch hinzugefügt, daß der Erzeuger auch die Kosten, die durch die Sicherstellung und Enteignung, insbesondere durch den zwangsweisen Ausdruck und die Abholung enteigneter Vorräte entstehen, tragen muß.

Die Geldstrafen gegen die Zuwiderhandlung von einzelnen Bestimmungen des Gesetzes werden von 50 000 auf 100 000 Mark erhöht.

Von besonderer Wichtigkeit ist

die Festsetzung des Preises.

Im laufenden Wirtschaftsjahre wurde bekanntlich der Preis von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und eines vom Reichstage gewählten Ausschusses von 28 Mitgliedern bestimmt. Für das neue Wirtschaftsjahr ist vorgesehen, daß der Reichsminister für Ernährung und

Landwirtschaft nach Anhörung — also nicht mehr Zustimmung — der Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages für Volkswirtschaft die Preise festzusetzen hat, die den Erzeugern für das Umlagegetreide zu zahlen sind.

Es ist ferner vorgesehen, daß, wenn sich im Laufe des Wirtschaftsjahres ergibt, daß die zuerst festgesetzten Preise nicht mehr angemessen sind, die Preise von dem Reichsernährungsminister nach Anhörung der Ausschüsse des Reichsrates und des Reichstages für Volkswirtschaft für die zum 28. 2. 1923 abzuliefernden Mengen — d. i. also die letzte Hälfte — anderweit bestimmt werden. Der Preis, der für die am 15. Oktober bzw. 15. Dezember abzuliefernde Hälfte gezahlt wird, wird also durch den Reichsernährungsminister festgesetzt.

Der Referentenentwurf ist noch nicht Gesetz, und es bleibt abzuwarten, wie sich der Reichstag zu diesem Entwurf stellt. Eines ist sicher:

Die organisierte Landwirtschaft hat der Zwangsirtschaft gegenüber nur Kampf geliebt und wird auch diesem Entwurf gegenüber nur Kampf kennen. Statt Frieden, Freiheit und Brot wird die durch diesen Entwurf gekennzeichnete widersinnige Wirtschaftspolitik der Reichsregierung inneren Unfriedens, Zwangsgewalt und Rückgang der Getreideproduktion zur Folge haben.

Die neue Lage.

Zum Hilfswerk der Landwirtschaft.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung hatte die Absicht, sich in seiner Sitzung am 19. Mai 1922 mit den Vorträgen der Sachverständigen vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft über die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu beschäftigen. Zu Beginn der Sitzung wurde jedoch von Herrn Oekonomierat Reiser vom Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft folgende Erklärung abgegeben:

„Angesichts des Umfandes, daß die Reichsregierung das feste Angebot der Landwirtschaft auf Sicherstellung der Brotversorgung mit der Einbringung des Gesetzesentwurfs über eine neue Getreideumlage beantwortet hat, ist für die Landwirtschaft bezüglich der Durchführung des von ihr eingeleiteten Hilfswerks eine wesentliche Voraussetzung entfallen und eine neue Sachlage geschaffen. Der Reichsausschuß bittet daher den Ausschuß für Landwirtschaft und Ernährung, die weiteren Verhandlungen über das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft erst wieder aufzunehmen, nachdem der Reichsausschuß über die Frage der Fortführung des Hilfswerks unter den veränderten Verhältnissen Beschluß gefaßt hat.“

Das bedeutet eine der Landwirtschaft selbst höchst unliebsame Verzögerung des Hilfswerks, keinesfalls aber ein Fassenlassen des ganzen Projektes.

Steckenpferd-Buttermilch-Seife

die beste Kinderseife

Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstr. r.
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.



Hart ist die Trennung,
schwer das Leiden,
Muß ein geliebtes Herz scheiden,
Doch bleibt ein süßer Trost bestehen,
Die Hoffnung auf ein Wiedersehen.

Heute morgen in erster Stunde
verschied sanft nach langem, schweren
Leiden mein lieber, hoffnungsvoller
Sohn, unser herzensguter Bruder,
Schwager und Onkel

Alexander Grönke

im blühenden Alter von 20 Jahren.

In tiefem Schmerz:

Wwe. Alexander Grönke
nebst Kinder.

Oeckinghausen, Lüdenscheld und
Schalksmühle, den 3. Juni 1922.

Die Beerdigung findet am Dienstag,
den 6. Juni 1922, nachm. 3 Uhr vom
Sterbehause aus statt.

Kranzspenden waren nicht im Sinne
des Entschlafenen.

Nachruf!



Nach längerem, schweren Leiden
verschied heute unser

Montierer

Alexander Grönke

im Alter von 20 Jahren.

Durch seinen unermüdlichen Fleiß
sowie sein schlichtes und einfaches
Wesen war er uns stets ein Vorbild
und allezeit ein geschätzter Mitarbeiter.

Wir bedauern seinen Verlust und
werden ihm ein ehrendes Andenken
bewahren.

**Inhaber, Angestellte und Arbeiter
der Firma
Casp. Arn. Winkhaus, Carlhausen.**

Nachruf!

Heute nacht starb nach langem,
schweren Leiden in der Blüte seiner
Jahre unser lieber Turngenosse

Alexander Grönke.

Allzu früh wurde er aus unserer
Mitte gerissen. Sein Andenken werden
wir stets in Ehren halten.

Turn-Verein Oeckinghausen.
I. A.: Der Vorstand.

NB. Zur Teilnahme an der Beerdigung
wollen sich die Turngenossen am Dienstag,
den 6. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr am Vereins-
lokale einfinden.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme bei dem Heimgange unseres
lieben Entschlafenen, sowie für die trö-
stlichen Worte des Herrn Pastor D. Dres-
bach sagen wir Allen unsern herzlichsten
Dank.

Familie Mesenhöller,
Oeckinghausen.

Autofahrten

aller Art, sowie Nah- und Fernfahrten, Abschleppen
von defekten Wagen werden bei billiger Berechnung
ausgeführt mittels 2 Tonnen-Schnellwagen.

1120

Mischewsky, Hagen, Walddorffstr. 33.

Vernehme u. geschmackvolle

Drucksachen

für Geschäfte und Private

Spezialität:

Familien- u. Vereins-
Drucksachen
wie: Visitenkarten,
Verlobungskarten,
Verlobungs-Briefe,
Danksagungs- und
Gratulationskarten
usw. usw.

Trauerbriefe

Die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Junge Mädchen

für leichte saubere Arbeit
gesucht.

Nähres in der Geschäft-
des „Allgem. Anzeigers“
in Halver.

Stoffe

geeignet für
**Anzüge
Kostüme
Mäntel
Kleider
Schlüpfer**

in allen gangbaren Des-
sins, weit unter Fabrik-
preis

von 40 M.

an per Meter.

1a. Anzug-Zutaten

7teilig, 340.- Mk.

Reinwollen, bl. Kammgarn

und Cheviot 1008

zu billigsten Preisen

J. Engelberg,

Hagen i. W.

Frankfurterstr. 86.

Telefon 2214.

1 B-Trompete

und 1 vernickeltes

Taschenpistolen

in B norm. u. tiefe Stim-
mung, 24 cm lang mit
Bederethni zu verkaufen und

1 Flügelhorn

zu kaufen oder tauschen ge-
sucht.

Off unter N. 160 an
die Geschäft. des Allg. Anz.,
Halver.

Fahrpläne

für das Sommerhalbjahr

gültig

empfiehlt

Buchhandlung

Wilhelm Bell jr., Halver.